

Zusatzbeiträge: Schwarz-Gelb lässt Versicherte allein die Zeche zahlen

Millionen von gesetzlich Versicherten drohen 2010 Zusatzbeiträge der Krankenkassen. Das ist ein Ergebnis schwarz-gelber Klientelpolitik und ein Vorgeschmack auf die große Kopfpauschale von Union und FDP.

In Zeiten einer beispiellosen Wirtschaftskrise lässt Schwarz-Gelb Beschäftigte, Rentner und Rentnerinnen allein die Lasten schultern. Sie sollen die kleine Kopfpauschale zahlen. Gleichzeitig steigen die Ausgaben für Arzneimittel (+ 5,2%), für Ärzte (+ 8,9%) und für Krankenhäuser (+ 6,4%).

Auch die Krankenkassen stimmen mit uns überein, dass schnelle Ausgabenbegrenzungen nötig sind. Gesundheitsminister Rösler hätte längst handeln können und müssen, statt leere Phrasen

zu dreschen. Seine Untätigkeit füllt die Taschen der Lobbys. Die Zeche zahlen die kleinen Leute. Dafür muss Schwarz-Gelb die Verantwortung übernehmen.

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern*** erscheint am 7. April 2010.

Union hat Urheberrecht auf Zusatzbeiträge

Die gesetzliche Grundlage für die Erhebung von Zusatzbeiträgen ist mit der Gesundheitsreform der Großen Koalition 2007 geschaffen worden. Falsch ist, die Zusatzbeiträge Ulla Schmidt und der SPD zuzuordnen. Sie sind von der Union durchgesetzt worden. Da die Reform ein Kompromiss zwischen der Bürgerversicherung der SPD und der Kopfpauschale der Union war, mussten wir dies schlucken. Sonst hätten wir z. B. die Öffnung hochspezialisierter Krankenhausambulanzen für gesetzlich kran-



picture-alliance/dpa

Gesundheitsminister Rösler: Bauchredner der Pharmakonzerne und Privaten Krankenversicherung

kenversicherte Schwerkranke nicht durchsetzen können. CDU/CSU wollten, dass diese weiterhin nur privat Versicherten offen stehen. Obwohl wir die Zusatzbeiträge nicht stoppen konnten, haben wir zumindest Sicherungen eingezogen, um eine noch ungerechtere Belastung der Versicherten zu vermeiden. So dürfen die Zusatzbeiträge z. B. nicht mehr als ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens eines Mitglieds betragen.

Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit müssen die Zusatzbeiträge abgeschafft werden. Dafür hat sich die SPD bereits 2009 ausgesprochen. Beschäftigte und Arbeitgeber müssen wieder zu gleichen Teilen und gemeinsam die Beiträge für die Krankenkassen aufbringen. Dazu werden wir einen Antrag ins Parlament einbringen. Unser Ziel ist und bleibt die solidarische Bürgerversicherung.

Mehr Informationen: spdfraktion.de/zusatzbeitraege

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

VERANTWORTLICH: PETRA ERNSTBERGER MDB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: ANJA LINNEKUGEL

TEXTE: HEIDEMARIE APEL-SCHMELTER, ROBERT ERNECKER,
NICOLE GROSS, NICOLA HELLER, STEFAN HINTERMEIER, DIRK VON
DER HUDE, ANJA LINNEKUGEL, HEIKO MAU, DIRK SAWITZKI,
THORSTEN SCHOLZ, STEFAN SCHUTZ, CHRISTIAN UNGER

FOTOS UND ILLUSTRATIONEN: BILDERBOX (S. 5, 13, 15), GRAFIKEN
JUDITH MILLER (S. 6, 11), PICTURE-ALLIANCE/DPA (S. 16), KLAUS
VHYNALIK (TITEL)

REDAKTIONSANSCHRIFT:

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

- ÖFFENTLICHKEITSARBEIT -

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TELEFON: 030 / 227-530 48

TELEFAX: 030 / 227-568 00

E-MAIL: REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

INTERNET: WWW.SPDFRAKTION.DE

GRAFIK UND LAYOUT: S. VOORWINDEN / J. MILLER

DRUCK: BRAUNSCHWEIG-DRUCK

ADRESSÄNDERUNGEN UND BESTELLUNGEN

VON VERÖFFENTLICHUNGEN:

TELEFON: 030 / 227-571 33

TELEFAX: 030 / 227-568 00

E-MAIL: OEFFENTLICHKEITSARBEIT@SPDFRAKTION.DE

ODER DIREKT IM INTERNET